



Wir fordern: Zukunft trotz Corona

Jetzt muss der Staat ran!

Foto: Thomas Range

thyssenkrupp Steel hat eine Zukunft – wenn wir die Corona-Krise überwinden. Deshalb fordert die IG Metall: Der Staat muss sich jetzt beteiligen. Es geht ums Überleben der deutschen Stahlindustrie. Es geht darum, dass die Klimawende gelingt.

thyssenkrupp Steel war auf einem guten Weg. Vor der Corona-Krise hat das Unternehmen wichtige Weichen gestellt. Es war angeschlagen, ja. Aber es hatte eine Chance, wieder gesund zu werden. Dann kam die Seuche. thyssenkrupp ist wie ein Patient mit Vorerkrankung – die Pandemie ist für das Unternehmen besonders gefährlich.

Beschäftigte haben Opfer gebracht. Über Jahre. Wir haben verzichtet. Haben hingegeben, dass Arbeitsplätze abgebaut wurden. 3000 weitere werden mit der geplanten Restrukturierung verschwinden. Das tut weh, aber wir wären bereit gewesen, diesen Weg zu gehen.

Die Zusagen stehen. Das Unternehmen hat ein Konzept vorgelegt, dringend notwendige Investitionen sind geplant. Wir haben einen Tarifvertrag und klare, verbindliche Zusagen:

Keine betriebsbedingten Kündigungen bis Ende März 2026. Das haben wir uns erkämpft. Es ist viel wert.

Das wäre alles für die Katz. Ein Partner ist nicht in Sicht. Wenn der Druck weiter wächst, muss das Unternehmen auf das nächstbeste Angebot eingehen. Oder es kommt noch schlimmer. Was das bedeutet, wollen wir alle uns nicht ausmalen.

Es geht um mehr als thyssenkrupp. Es geht um eine Schlüsselindustrie in der deutschen Wirtschaft. Es geht um den Kampf gegen den Klimawandel. Wenn wir keinen Stahl mehr herstellen, tun es andere. Im Zweifel tun sie es schmutziger. Wir brauchen eine wettbewerbsfähige deutsche Stahlindustrie, die den Wandel stemmen kann. Deshalb ziehen wir vor die Staatskanzlei in Düsseldorf. Wir brauchen einen Einstieg des Staates.

Kommt
alle!

Wir rufen auf zur
Demonstration

gegenüber der Staatskanzlei
in Düsseldorf am

Freitag, 16. Oktober 2020
11 Uhr

*Bitte beachten: Wegen Corona
demonstrieren wir mit Abstand.*

INTERVIEW MIT JÜRGEN KERNER

„Wir dürfen nicht zulassen, dass die Stahlindustrie verschwindet“



Jürgen Kerner ist Aufsichtsratsmitglied bei der thyssenkrupp AG und Vorstandsmitglied der IG Metall.

Jürgen, du sitzt im Aufsichtsrat der thyssenkrupp AG. Wie steht es um das Stahlgeschäft?

thyssenkrupp Steel war auf einem guten Weg, die Probleme in den Griff zu bekommen und nachhaltig profitabel zu werden. Dann kam Corona und hat alles verändert. Jetzt kommen wir zu der bitteren Erkenntnis: Allein wird es thyssenkrupp nicht schaffen. Deshalb muss der Staat einsteigen.

Bräuchte thyssenkrupp Steel nicht einen Partner?

Wir sehen nicht, wo der herkommen soll. Da wird vieles gemunkelt, und es sind auch schon Namen gefallen, aber wir stellen fest: Das sind bislang alles nur Ideen des Vorstandes, mehr nicht.

Es gibt nichts Belastbares, kein Konzept, keinen Finanzplan. Ich zweifle auch, dass sich angesichts der Dramatik der Lage ein Partner findet.

Was würde eine Staatseinstieg bringen?

Wir könnten die Corona-Krise überstehen und Klimaneutralität mit einem starken Unternehmen erreichen. Immerhin geht es um 27.000 Arbeitsplätze direkt bei thyssenkrupp, die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Mit Zulieferern sind es 150.000 Arbeitsplätze. Stahl ist eine Schlüsselaufgabe. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Industrie komplett aus Deutschland verschwindet.

Wie meinst du das?

Die deutsche Stahlindustrie und thyssenkrupp wollen ihren Beitrag leisten, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn die Industrie hier dichtmacht, wird der Stahl zukünftig in China oder anderswo hergestellt – und zwar mit deutlich mehr Emissionen. Das kann nicht im Sinne einer vernünftigen Klimapolitik sein.

Wie könnte so ein Einstieg des Staates aussehen?

Schaut man sich die Landschaft der Stahlunternehmen in Deutschland an, liegt eine Beteiligung des Landes NRW an thyssenkrupp Steel auf der Hand. Niedersachsen ist an der Salzgitter AG beteiligt, das Saarland war an Saarstahl beteiligt und hat seine Anteile in eine Stiftung überführt. Mit einem Einstieg von NRW bei thyssenkrupp Steel wären somit vergleichbare Bedingungen geschaffen.



Tekin Nasikkol ist Gesamtbetriebsratsvorsitzender von thyssenkrupp Steel Europe.

DAS SAGT TEKIN NASIKKOL

„Ende März haben wir für den Stahl einen Tarifvertrag Zukunftspakt 20-30 mit einem klaren Plan nach vorne und Sicherheit für die Beschäftigten vereinbart. Unsere Strategie mit den geplanten Investitionen ist durch die Corona-Krise akut gefährdet. Deswegen muss der Staat jetzt helfen.“

Darum muss der Staat helfen

- ❑ Corona hat thyssenkrupp Steel in eine gefährliche Lage gebracht
- ❑ Ein seriöser Partner ist nicht in Sicht
- ❑ Stahl ist eine Schlüsselindustrie
- ❑ Klimawende geht nur mit uns
- ❑ Staatsbeteiligung funktioniert, das zeigen die Erfahrungen mit der Salzgitter AG (Niedersachsen) und Saarstahl (Saarland)

Stahl
darf nicht sterben!